

oö Informiert

Nr. 1, 2019

Zugestellt durch Österreichische Post



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner:

FPÖ als stabiler Faktor

Mehr dazu auf den Seiten 2-3

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
FPÖ-Landesparteiobermann

Petition:

**68% für Deutsch
am Pausenhof**

Seite 8

Asyl:

**Innenminister setzt
nötige Schritte**

Seite 12

Familienbonus:

**Förderungen
durchforsten**

Seite 17

Interview:

FPÖ soll

Ende Jänner jährte sich zum zehnten Mal, dass Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner zum Spitzenkandidaten der FPÖ für die Landtagswahl nominiert wurde. Rückblick und Ausblick im Gespräch mit dem freiheitlichen Landeshauptmann-Stellvertreter.

📁 Zehn Jahre in der Landespolitik. Hat sich für Sie etwas geändert?

Sicherheit, Heimat und Wirtschaft sind weiterhin Begriffe, die mein politisches Handeln prägen. Lediglich beim Terminplan versuche ich zu Gunsten meiner Frau und unseres gemeinsamen Sohnes auf mehr Freiräume zu achten. Ich bin nach wie vor gerne in der Politik tätig, die Gelassenheit ist in diesem Jahrzehnt sicherlich mehr geworden.

📁 Welche Ziele haben Sie für Oberösterreich in den nächsten zehn Jahren?

Unser Heimatbundesland soll ein sicheres Land bleiben. Nicht nur in punkto Kriminalität, sondern durchaus auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Stabilität. Die Menschen sollen gute Arbeit haben und gut leben können.

📁 Sie waren kürzlich bei den Bezirksparteitagen in ganz Oberösterreich unterwegs. Ihr Eindruck?

Wir sind in Oberösterreich auf einem guten, erfolgreichen Weg. Das Interesse an der Politik der FPÖ schlägt sich auch in den Mitgliederzahlen nieder, die erfreuliche Weiterentwicklung ist klar erkennbar. Wir gewinnen neue Mitglieder quer durchs Land, die aktiv mitarbeiten wollen. Die Menschen schätzen unsere konstruktive Arbeit auf Landesebene ebenso wie die Arbeit vor Ort in den Gemeinden durch unsere Funktionäre in den Gemeinderäten. Und auch in der Bundesregierung ist unsere Handschrift erkennbar – FPÖ wirkt. Das wissen die Menschen.

stabiler Faktor bleiben

2009 erreichte die FPÖ bei den Landtagswahlen 15,3 Prozent. 2015 gelangen 30,4 Prozent. Ihr Ausblick auf die Wahlen 2021?

Bei den Landtagswahlen im Jahr 2021 geht es vorrangig darum, dass die Freiheitlichen ein stabiler Faktor in der Landespolitik bleiben.

Wie wollen Sie Oberösterreich gestalten?

Gemeinsam sind wir der Heimat verpflichtet, Traditionen zu bewahren, Brauchtum zu pflegen und die Identität zu schützen.

Als Familienmensch ist es mir ein Anliegen, unser Oberösterreich zu gestalten, wie es unsere Kinder in der Zukunft vorfinden sollen. Wir beweisen, dass wir eine Politik mit Verantwortung umsetzen. Ge-

meinsam mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache bleiben wir auf Kurs und setzen unsere erfolgreiche Arbeit fort, in den Gemeinden, im Land Oberösterreich und in der Bundesregierung.

„Gemeinsam sind wir der Heimat verpflichtet, Traditionen zu bewahren, Brauchtum zu pflegen und die Identität zu schützen.“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

EU-WAHL:

Roman Haider kandidiert auf viertem Listenplatz

Ende Februar wurde von der FPÖ die Liste der Kandidaten für die EU-Wahl im Mai beschlossen.

„Es freut mich, dass der Spitzenkandidat der FPÖ Oberösterreich, NAbg. Mag. Roman Haider als Listenvierter mit dem Team rund um Generalsekretär Harald Vilimsky ins Rennen gehen wird“, betont der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner. Hinter dem bisherigen FPÖ-Delegationsleiter Vilimsky kandidiert Georg Mayer, der für die Steiermark schon seit fünf Jahren in Brüssel vertreten ist. Nach ihm gereiht ist auf dem dritten Platz Nationalrätin Petra Steger.

Haimbuchner verwies darauf, dass Roman Haider seit seiner Jugend in



NAbg. Mag. Roman Haider (51) ist seit Oktober 2008 für das Hausruckviertel im Parlament und derzeit außenpolitischer Sprecher.

der FPÖ verwurzelt ist. „Roman Haider kann auf eine langjährige Erfahrung im Parlament und bei der OSZE zurückgreifen. Wir treten mit Roman Haider mit

einem Kandidaten für die Wahl am 26. Mai an, der die Interessen Oberösterreichs in Brüssel hochhalten und würdig vertreten wird.“



Landesrat Mag. Günther Steinkellner

Mehr Sicherheitsmaßnahmen für Öffis

Es wird Maßnahmen geben, die das Sicherheitsgefühl in öffentlichen Verkehrsmitteln erhöhen. Das ist das Ergebnis eines Sicherheitsgipfels im Linzer Landhaus im Februar.

Nötig wurde dieses Treffen der Politik mit Sicherheitsexperten auf Grund von Beschwerden bei der LiLo (Linzer Lokalbahn) und am Hauptbahnhof. In den Nahverkehrszügen der LiLo sollen vor allem junge Asylwerber aus einem Quartier in Alkoven mit provokantem Verhalten aufgefallen sein. Eingeladen dazu hatten Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner und Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek (beide FPÖ).

Besonders am Bahngleis 21 des Linzer Hauptbahnhofs sowie am gegenüberlie-

genden Busterminal kommt es vermehrt zu Zwischenfällen und Ausschreitungen. Eine Verbesserung der Sicherheitstechnik mit zukünftigem Kameraeinsatz soll hier geprüft werden. Als weitere Maßnahme wurde die Gratisfahrt von Uniformierten thematisiert. „Feuerwehren, Bundesheerorgane, Polizei, Rotes Kreuz, etc. in Uniform sorgen für Respekt in öffentlichen Verkehrsmitteln und steigern das Sicherheitsgefühl“, unterstreichen Podgorschek und Steinkellner.

Als Sofortmaßnahme wurde der Oberösterreichische Verkehrsverbund be-

traut, einen Leitfaden zum Thema „Wie verhalte ich mich richtig im öffentlichen Verkehr?“ zu erstellen. „Darin soll eine klare Wertekultur verankert sein, wie man sich richtig und zuvorkommend als Fahrgast verhält. Vom korrekten Kauf der Fahrkarte, über angebrachtes Verhalten bei der Fahrkartenkontrolle bis zum Platz frei machen für ältere oder schwächere Personen soll dieser Leitfaden informieren und lehren. Der Respekt voreinander ist schließlich das um und auf im öffentlichen Bereich, wo sich viele Menschen begegnen“, so Steinkellner. Zusätzlich soll der Eingang der Polizeidienststelle in den Bahnhof verlegt werden. Auch soll es mehr Kontrollgänge der Polizei geben.

Kinderbetreuung zu Hause: Höherer Bonus

Der Bonus für jene Eltern, die ihre Kinder bis zum Pflichtjahr im Kindergarten zu Hause betreuen, wird nunmehr erhöht.

Laut Familienreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner bekommen in Zukunft die rund 4.000 Familien jährlich 900 Euro statt der bisher 700 Euro. „Diese 75 Euro im Monat sind ein Aner-

kennungsbeitrag, der den Familien u.a. die Möglichkeit gibt, „externe“ Betreuung, etwa durch Tagesmütter zuzukaufen“, so der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter.



Illegales Glücksspiel: Strengere Gesetze nötig

Um gegen das illegale Glücksspiel vorzugehen, sind aus Sicht von Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek (FPÖ) strengere Gesetze nötig. Denn zunehmend verschärft sich die Situation im Kampf gegen die illegalen Spielautomaten, vorrangig in Wels und Linz.



Die Finanzpolizei schätzt, dass es derzeit in Oberösterreich mehr als 1.000 illegale Glücksspielautomaten gibt. Der Leiter der Finanzpolizei, Wilfried Lehner, spricht gegenüber dem ORF Oberösterreich wörtlich von „organisierter Kriminalität“. Demnach betreiben rund fünf bis sechs mafiaähnlich strukturierte Organisationen Lokale quer durch Österreich, die auch mit Schlägertrupps versuchen, Unternehmen gefügig zu machen oder Spieler zum Schweigen zu bringen. Die Umsätze mit dem illegalen Glücksspiel in Oberösterreich können nur geschätzt werden.

Podgorschek spricht sich im ORF-Interview klar für einen Gesetzesrahmen aus, „damit Lokale rechtzeitig bzw. sofort gesperrt werden können“. Derzeit sei es lediglich eine Verwaltungsübertretung, eine Schließung daher schwer möglich. „Beschlagnahmt man so ein illegal betriebenes Gerät, kommt am nächsten Tag

bereits der nächste Spielautomat“, verweist der FPÖ-Landesrat darauf, dass die Anschaffungskosten bei rund 5.000 Euro, die durchschnittlichen wöchentlichen Einnahmen bei 7.000 Euro liegen. Demnach rentiere sich so ein Apparat bereits nach einer Woche. Es sei nötig, mit einer Verschärfung der Gesetze das System auszutrocknen. Auch legale Glücksspielanbieter sprechen sich klar für strengere Gesetze aus.

Klare Position bezieht Podgorschek auf die Frage nach einem Verbot des kleinen Glücksspiels, wie es dieses ja bereits in vier anderen Bundesländern in Österreich gibt. „Die Erfahrung zeigt, dass es dann zu einem Abgleiten in die Illegalität kommt. Das zeigen die Dunkelziffern in Wien. Es ist besser einen kleinen Bereich zu öffnen, der dann entsprechend kontrolliert werden kann.“

Landesrat KommR Elmar Podgorschek

Betrug: Auch Wohnbeihilfe wird durchleuchtet

Ende Jänner deckte die Finanzpolizei einen großen Fall von Schwarzarbeit, Abgaben- und Sozialbetrug auf. Bis zu 117 offiziell geringfügig Beschäftigte sollen zu Unrecht Schwarzlohn, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung bezogen haben. Die Linzer Finanzpolizei vermutet zudem den Bezug weiterer Sozialleistungen wegen des vorge-täuschten geringen Einkommens.

Deshalb werde auch bei der Wohnbeihilfe nach Betrugern gesucht, so der für den Wohnbau zuständige FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Bereits im Jahr 2018 gab es über 3.000 Rückforderungsfälle bei der fälschlich bezogenen Wohnbeihilfe in Höhe von rund 2,3 Millionen Euro. „Das ist der Fall, wenn etwa Änderungen bekannt gegeben werden bzw. Einkommen nicht vorgelegt oder verschwiegen wurden“, wurden laut Haimbuchner Beträge zwischen sieben und 28.500 Euro zurückgefordert.



„Die Kontrollen haben Wirkung. Im Jahr 2017 wurden rund drei Millionen an zu Unrecht bezogener Wohnbeihilfe zurückgefordert“, legt Haimbuchner Wert darauf, dass mit Steuergeldern sorgsam umgegangen wird.

Rieder Aschermittwoch:

Politik für unsere unsere Identität &

Bereits zum 28. Mal fand in Ried der politische Aschermittwoch statt. Heuer stand die traditionelle Veranstaltung ganz im Zeichen der kommenden EU-Wahl am 26. Mai. Vor Ort waren auch der Spitzenkandidat der FPÖ zur EU-Wahl, Harald Vilimsky und der Spitzenkandidat der FPÖ OÖ, Mag. Roman Haider. Hauptredner in der Jahn-Turnhalle waren Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Harald Vilimsky sparte nicht mit Kritik an der EU: „Es wäre gut, die EU würde sich auf weniger große Themen konzentrieren. Und ÖVP-Spitzenkandidat Othmar Karas ist ein ‚EU-Pfarrer‘, der gebetsmühlenartig ‚mehr Europa‘ predigt.“ Die EU-Mandate haben „längst den Bezug zur Bevölkerung verloren. Dieses Wahl muss daher das Ende von Merkel, Macron und Junker sein.“ Manfred Haimbuchner rief die Bürger dazu auf, am 26. Mai von ihrem Stimmrecht aktiv Gebrauch zu machen, „um in der EU eine patriotische Wende zur Vernunft herbeizuführen und die weltfremde linke Ideologie deutlich abzuwählen. Damit nicht jeder Blödsinn der Ischias-geplagten Brüsseler Bürokraten sofort umgesetzt wird.“ Die FPÖ stehe, so der OÖ. FPÖ-Landesparteiobmann, „für ein Europa der Freiheit, der Souveränität und der Selbstbestimmung der Völker.“

— Europa der Vaterländer

Vizekanzler Strache hob hervor, dass die FPÖ für ein Europa der Vaterländer stehe. „Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist ein ‚Täuscher‘, der für den unverantwortlichen Kurs der zentralistischen EU mitverantwortlich ist. Ihr kennt ja wahrscheinlich alle den Film ‚Fluch der Karibik‘,“ sieht sich Strache an die EU erinnert: „Der Kapitän steht schwankend am Steuer und der Merkel-Macron-Kurs steuert gnadenlos auf ein Riff zu. Das gehört am 26. Mai abgewählt.“

— FP-Erfolge in Bundesregierung

Zudem unterstrich Strache die Erfolge der FPÖ in der Bundesregierung: „Die Liste kann sich sehen lassen: Familien entlastet, Sozialversicherungsträger zusammengelegt. In Kindergärten gibt es das Kopftuchverbot, in Volksschulen wurde es in Angriff genommen. Und die Mindestsicherung wird neugestaltet, um die Zuwanderung in unser Sozialsystem zu stoppen. Nicht zu vergessen – mehr Sicherheit durch einen

Die Garanten für die „Festung Europa“:

LR Mag. **Günther Steinkellner**, NAbg. Mag. **Roman Haider**, Generalsekretär **Harald Vilimsky**, LH-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner**, Vizekanzler **HC Strache**, LR **Elmar Podgorschek** und Klubobmann Dr. **Walter Rosenkranz**. (v.l.n.r.) ▼



Heimat, unsere Werte!

„Wer nicht weiß, wie man sich in unserem Land zu verhalten hat, muss unser Land verlassen.“

Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

aktiven Grenzschutz.“ Nächste Schritte seien, so der FP-Bundesparteibmann, „eine Steuerreform sowie eine Mindestpension in Höhe von 1.200 Euro.“

— Festung Europa

Haimbuchner unterstützt die klare Haltung der Bundesregierung mit Innenminister Herbert Kickl: „Ich habe eine klare Botschaft an jene Terroristen, die nun aus Syrien heimkehren wollen: Wir brauchen euch nicht in Europa, bleibt wo ihr seid! In Zeiten ungesteuerter illegaler Massenmigration, in denen in Paris, London, Berlin, Nizza, Barcelona und Brüssel Tausende durch islamistische Terroranschläge ermordet oder verletzt wurden, brauchen wir eine Festung Europa. Denn die Menschen haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, haben ein Recht auf Wohlstand und auf soziale Gerechtigkeit.“ Wer nicht wisse, wie man sich in unserem Land zu verhalten habe, müsse unser Land verlassen, betonte Haimbuchner.

„Wir Freiheitliche stehen ganz klar für eine Politik, die sich nicht von der EU, der UNO oder sonst irgendjemand ständig am Gängelband durch die Manege der politischen Korrektheit führen lässt. Wir wollen nicht, dass eine Meute von kunterbunten, migrationsbesoffenen Globalisten unser schönes vielfältiges Europa in einen monströsen Einheitsstaat verwandelt, der jeden Islamisten und Fundamentalisten mit einem mittelalterlichen Weltbild noch mit offenen Armen und möglichst viel Sozialgeld und Wohnbeihilfe empfängt.“ Für die

österreichische Politik gelte, „dass man das Narrenschiff der linken politischen Korrektheit stoppen muss. Wir brauchen weiterhin eine konservative Revolution in Österreich und in ganz Europa, die die Auswüchse des linken Mainstreams eindämmt. Dazu verteidigt die FPÖ weiterhin das hohe Gut der Meinungsfreiheit gegen die linke Bevormundungspropaganda. Wir stemmen uns gegen die verfehlten Auswüchse linker Gutmenschenideologie und machen eine Politik für unsere Heimat, unsere Identität und unsere Werte. Diesen Kurs wird die FPÖ auf allen politischen Ebenen konsequent weiterführen“, betonte Haimbuchner.

Landesrat KommR Elmar Podgorschek



Vizekanzler HC Strache

Reges Interesse der Bürger, aber auch der Medien - wie jedes Jahr am politischen Aschermittwoch. >

< NAbg. Mag. Roman Haider





**Schulsprache
Deutsch**

 **Jetzt unterstützen!**
openpetition.eu/schulsprachedeutsch

 Oder unterstützen Sie die Petition mit Ihrer Unterschrift direkt in einer der **FPÖ-Bezirksgeschäftsstellen.**
www.fpoe-ooe.at

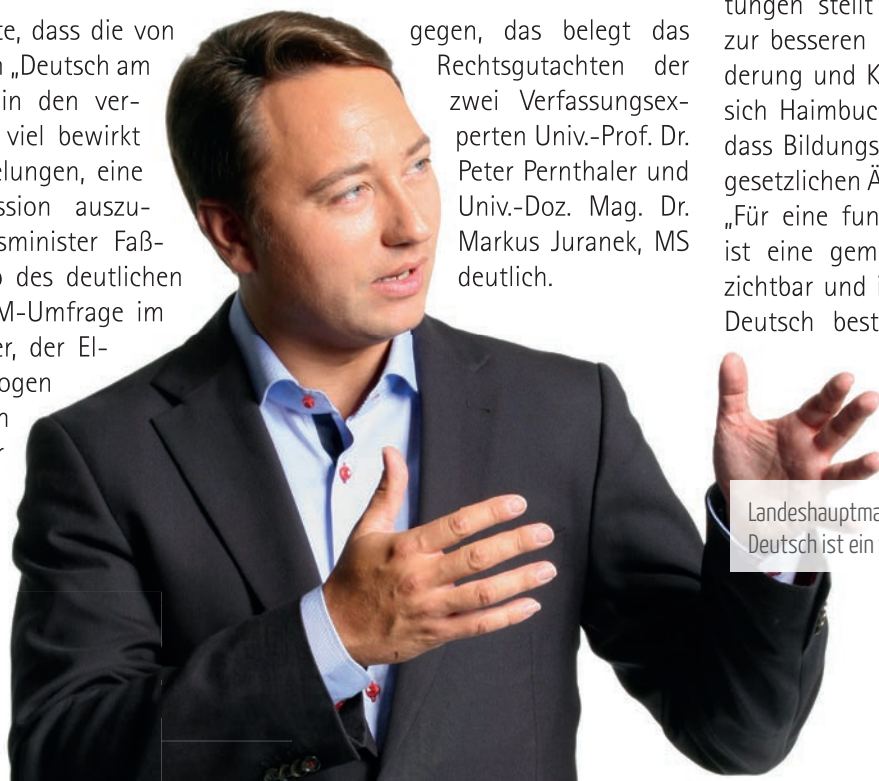
68 Prozent sind für „Deutsch am Pausenhof“

Eine OGM-Umfrage bestätigt: 68 Prozent sind für „Deutsch am Pausenhof“. Für Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner macht das deutlich: „Der Zuspruch für diese sinnvolle Maßnahme ist innerhalb der Bevölkerung groß. Bereits jetzt haben tausende Bürger die Online-Petition unterstützt und wir haben die Unterzeichnungsfrist verlängert.“

Haimbuchner betonte, dass die von ihm initiierte Petition „Deutsch am Pausenhof“ bereits in den vergangenen Monaten viel bewirkt habe. „Es ist uns gelungen, eine bundesweite Diskussion auszulösen. Und Bildungsminister Faßmann wird auch ob des deutlichen Ergebnisses der OGM-Umfrage im Interesse der Schüler, der Eltern und der Pädagogen endlich umdenken müssen. Denn einer Umsetzung stehen keine rechtlichen Hindernisse ent-

gegen, das belegt das Rechtsgutachten der zwei Verfassungsexperten Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler und Univ.-Doz. Mag. Dr. Markus Juranek, MS deutlich.

Konkret fordert der FPÖ-Landesparteiobmann, dass Deutsch Schulsprache sein soll. „Deutsch im Unterricht, in den Pausen und auch bei Schulveranstaltungen stellt einen wichtigen Beitrag zur besseren Integration, Leistungsförderung und Kommunikation dar“, setzt sich Haimbuchner weiterhin dafür ein, dass Bildungsminister Dr. Faßmann die gesetzlichen Änderungen umsetzen soll. „Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine gemeinsame Sprache unverzichtbar und im schulischen Alltag soll Deutsch bestmöglich vermittelt werden“, so Haimbuchner.



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner:
Deutsch ist ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Natura 2000:

Landwirte erhalten Förderung

Für Landwirte in Oberösterreich gibt es nunmehr ein für Österreich einzigartiges Fördermodell in „Natura 2000“-Gebieten. FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner betont, „dass die Bauern in der Umsetzung von Natura 2000 und beim Erhalt der biologischen Vielfalt wichtige Partner sind.“

Flächen, die in einem „Natura 2000“-Gebiet liegen, sind zum Zweck der Erhaltung von Arten- und biologischer Vielfalt gewissen Einschränkungen unterworfen. Die Landwirte haben die Vorgaben einer extensiven Nutzung zu erfüllen. Das schränkt den Ertrag aus solchen Flächen ein. Dazu kommt auch ein zusätzlicher Aufwand von zehn Stunden je Hektar und Jahr für die schutzgutarechte Bewirtschaftung von Grünland-Schutzgütern. Die betroffenen Flächen dürfen erst ab Mitte Juni oder meist sogar noch später erst gemäht werden, was zur Folge hat, dass der Aufwuchs winterungsbedingt im Schnitt alle fünf Jahre nicht zur Fütterung von Tieren verwendet werden kann. „Um die betroffenen Bauern zu entlasten, gibt es nunmehr in Oberösterreich eine Förderung in der Höhe von jährlich 420 Euro pro Hektar“, hebt Naturschutz-Referent Manfred Haimbuchner die Landwirte als wichtige Partner in der Umsetzung hervor. Gerade im Grünland gibt es laut Haimbuchner in den letzten Jahrzehnten einen massiven Artenrückgang zu verzeichnen. „Daher ist es wichtig, den Landwirten, die vom Ertrag ihres Grund und Bodens leben müssen, eine alternative Einkommensmöglichkeit zur Intensivbewirtschaftung zu bieten.“



Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter betont: „Es ist uns in Oberösterreich mit dieser zusätzlichen Förderung ein erster großer Schritt gelungen, unsere Artenvielfalt im Grünland zu sichern. Nur wenn es uns gelingt, dass die Förderungshöhen für extensive Wiesenbewirtschaftungen vergleichbar zu Erträgen der Intensivlandwirtschaft werden, gibt es für die Bauern eine echte Wahlmöglichkeit, extensives Grünland ohne Einkommenseinbußen zu erhalten.“ Aus Sicht von Haimbuchner sei dies „die einzige Möglichkeit, eine Trendwende beim Artensterben in Grünlandebensräumen einzuleiten.“



Blutspenden rettet Leben

Um auf die Wichtigkeit der Blutspenden aufmerksam zu machen, kam FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner der Aufforderung der BezirksRundschau nach. „Im Notfall kann eine Blutkonserve Leben retten.“

Sicher ist, wer sichtbar ist

Ein Anliegen ist Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner die Sicherheit der Fußgänger im Straßenverkehr. Um mangelnde Erkennbarkeit bzw. schlechte Sichtbarkeit von Fußgängern, Radfahrern, Sportlern und Schülern zu erhöhen, gibt es neben der Warnwesten-Aktion in den Schulen und speziellen Reflektor-Hasen für Schulkinder, die an den Schlultaschen angemacht werden, auch spezielle Reflektorbänder.

„Auch diesen Winter kam es leider zu einigen Unfällen, hervorgerufen durch dunkle Bekleidung. Neben heller bzw. reflektierender Kleidung, ist man durch diese Bänder schon ab 50 Metern Entfernung erkennbar und nicht erst ab rund 20 Meter wie bei dunkler Kleidung“, so Steinkellner.



Die Reflektorbänder für mehr Sichtbarkeit werden von den Automobilclubs ARBÖ und ÖAMTC angeboten und können auch unter --->

lr.steinkellner@ooe.gv.at im Büro von Infrastruktur-Landesrat Steinkellner kostenlos bestellt oder auch persönlich abgeholt werden.



Erneuter Anstieg von Schülern ohne deutsche Muttersprache

Der Anteil von Schülern ohne deutsche Muttersprache ist erneut gestiegen. Heuer sind es in Oberösterreich bereits 30.201. Vor neun Jahren waren es noch um ein Drittel weniger, obwohl es insgesamt mehr Schüler gab. Das ergeben aktuelle Zahlen der Oö. Bildungsdirektion des Schuljahres 2018/19.

Insgesamt gibt es im heurigen Schuljahr 106.715 Schüler in Oberösterreichs allgemein bildenden Pflichtschulen (APS). Dazu zählen alle Volks-, Sonder- und Polytechnische Schulen sowie Neue Mittelschulen. Von diesen Schülern haben 30.201 keine deutsche Muttersprache. 22.294 können dem Regelunterricht nicht ausreichend folgen und werden entweder als außerordentlich geführt oder mit einer zusätzlichen Sprachförderung unterrichtet. Vor neun Jahren waren es noch 16.145 (+6.140; +38 Prozent).

"Bereits jeder zehnte Volksschüler kann dem Regelunterricht nicht folgen. Er muss außerordentlich unterrichtet werden. Jeder Vierte benötigt zumindest eine

zusätzliche Sprachförderung", deckt Klubobmann Herwig Mahr erschreckende Zahlen auf und sagt: "Das ist eine Herkulesaufgabe für unser Bildungssystem!"

„Heuer gibt es mehr als dreimal so viele Volksschulklassen mit hundertprozentigem Anteil an Schülern ohne deutsche Muttersprache.“

Ing. Herwig Mahr
Klubobmann

"Höchst alarmierend" bezeichnet Mahr den sprunghaften Anstieg an Volksschulklassen mit hundertprozentigem

Anteil von Schülern ohne deutsche Muttersprache. Im Schuljahr 2017/18 waren es 40 Klassen. Heuer sind es bereits 129.

"Heuer gibt es mehr als dreimal so viele Volksschulklassen mit hundertprozentigem Anteil an Schülern ohne deutsche Muttersprache", zeigt Herwig Mahr auf und fordert: "Vor diesen Zahlen darf man keinesfalls die Augen verschließen. Es braucht entsprechende Maßnahmen, die diesem sprunghaften Anstieg gerecht werden. In erster Linie ist die Sprache der Schlüssel zum Erfolg. Gerade deshalb ist eine gemeinsame Sprache in den Pausen unumgänglich. Die Schulsprache Deutsch muss gesetzlich verankert werden."

Verkehr:

Prag - Linz wächst näher zusammen

Gemeinsam mit Verkehrsminister Ing. Norbert Hofer war Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner Ende Jänner bei einem Treffen mit dem tschechischen Verkehrsminister Dan Ťok in Prag. Inhalt des Arbeitsgesprächs waren Straßen- und Bahninfrastrukturthemen.

Im Zentrum des Gesprächs standen die aktuellen Straßen- Ausbauprojekte beider Länder. Dabei ging es um die Verbindung Wien-Brünn, aber auch um die Verbindung Linz-Prag, also der S10 Mühlviertler Schnellstraße und der D3. Auf tschechischer Seite rechnet man mit der Fertigstellung der D3 bis zum Jahr 2025. In Oberösterreich läuft für die S10 derzeit die Umweltverträglichkeitsprüfung, im laufenden Jahr sollen die öffentliche Auflage des Projektes und die UVP-Verhandlung starten.

Für Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner steht beim voranschreitenden Autobahnlückenschluss in Richtung Wulowitz eine weitere Komponente in unmittelbarem Zusammenhang. „Die Weiterführung der S10 in Richtung tschechischer Staatsgrenze stellt eines der wichtigsten Straßenprojekte für Oberösterreich dar. Die dadurch lückenlos zusammenwachsende hochrangige Verkehrsachse Berlin-Prag-Linz bringt

darüber hinaus ein Wachstumspotential für die Wirtschaftsregion mit sich. Simultan laufen bereits die Vorbereitungen für das Infrastrukturprojekt Linzer Osttangente auf Hochtouren. Um einem innerstädtischen Linzer-Verkehrsinfarkt zu entgehen, müssen beide Infrastrukturprojekte in Zusammenhang gesehen und prioritär behandelt werden“, unterstreicht Steinkellner.

Auch im Bahnbereich wollen die beiden Länder enger zusammenrücken: Die Verbindung Prag-Budweis werde derzeit modernisiert. „Mittelfristig soll gelingen, die Fahrzeit Linz – Prag auf unter vier Stunden zu bringen“, hebt Steinkellner hervor, dass aktuell dank neuer Expresszüge man vier Stunden und zehn Minuten für diese Strecke benötige.

Minister Hofer hob nach dem Arbeitsgespräch hervor, dass Österreich und Tschechien durch diverse grenzüberschreitende Projekte näher zusammenwachsen.

Podgorschek: Feuerwehren sind wertvolle Stütze

62.434 Einsätze, 6,85 Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden. Trockenheit, Sturmschäden und zahlreiche Unwetterereignisse – das sind nur Teile einer beeindruckenden Bilanz, die der oberösterreichische Landesfeuerwehrverband gemeinsam mit Feuerwehr-Landesrat Elmar Podgorschek für das Jahr 2018 vorstellte.

„Unsere Feuerwehren sind mit ihren ehrenamtlichen Mitgliedern immer zur Stelle, wenn es darauf ankommt, anderen in Not-situationen zu helfen. 365 Tage im Jahr, zu jeder Tageszeit und zu jeder Witterung. Sie sind eine unverzichtbare und unbezahlbare Stütze zur Sicherheit unserer Heimat. Was sie leisten ist wirklich bewundernswert und verdient größten Respekt“, hob Landesrat Podgorschek die Leistungen der Feuerwehren hervor und stellte klar, dass das ehrenamtliche Feuerwehrsystem keineswegs eine Selbstverständlichkeit sein darf.



Landesrat KommR Elmar Podgorschek

Auch die letzten großen Ereignisse hätten gezeigt, dass der schmale Grat zwischen Verfügbarkeit der Einsatzkräfte und beruflichen Verpflichtungen der Mitglieder immer wieder eine Herausforderung darstellt.

Das Ziel für die Zukunft müsse es jedoch sein, für Großschadensereignisse und damit verbundene lange Einsätze einen Kompromiss zu finden, mit dem die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Feuerwehren, aber auch der Unternehmen abgedeckt werden.



LR Steinkellner, Verkehrsminister Ťok (Mitte) und Minister Hofer:
Bilaterales Treffen über Projekte mit europäischer Reichweite.

Foto: Land OÖ/Mölzer



Innenminister Herbert Kickl

Rückreiseticket für Nicht-Asylberechtigte

„Wir sind von sicheren Drittländern umgeben. Daher soll in Österreich im Grunde niemand mehr einen Asylantrag stellen können“, kündigt Innenminister Herbert Kickl an, nationales Asylrecht sowie EU-Recht auf Punkt und Beistrich umzusetzen.

Konkret sollen die Asylverfahren gestrafft sowie Rückkehrberatungen und Abschiebung forciert werden. „Wer nicht schutzberechtigt ist, für den gibt es ab jetzt keine Eintrittskarte mehr, sondern ein Rückfahrticket“, hat Kickl eine klare Botschaft an Einwanderungswillige, die unter dem Asylrecht nach Österreich kommen wollen.

Seit 1. März firmieren die Erstaufnahmezentren als „Ausreisezentren“. Darin untergebracht werden sollen alle trotzdem ins Land gekommenen Asylwerber für die Dauer ihres Asylverfahrens. Rasch geprüft werden sollen Reiseroute und Fluchtgründe.

Zudem kommt die Anwesenheitspflicht in den Zentren. Wer diese verletzt, soll in ein Quartier abseits von Ballungszentren verlegt werden. Laut Kickl könnte auch die Zweitinstanz im Asylverfahren räumlich angebunden werden, um die Verfahren weiter zu beschleunigen.

— Mehr Rück- und Abschiebungen

Illegal Eingereiste werden – gemäß der Schengen-Regelung – umgehend in das Drittland zurückgeschickt, über das sie

nach Österreich gekommen sind. Zusätzlich werden Polizei und BVT eine Gefährdungsprognose für auffällige oder als gefährlich erkannte Asylwerber erstellen. Für „Gefährder“ soll die Sicherungshaft kommen, wie sie nach dem EU-Recht und der Genfer Flüchtlingskonvention möglich ist.

Weiters soll es beschleunigte Verfahren geben. Die Dauer von Asyl-Aberkennungen soll von derzeit 27 auf 20 Tage verkürzt werden. „Verstärkt soll abgelehnten

Asylwerbern mittels Rückkehrberatung die freiwillige Heimreise nahe gelegt werden“, kündigt Kickl an, dass bei Ablehnung der Beratung mit der beschleunigten Außerlandesbringung zu rechnen sei. Zudem seien Rücknahmeabkommen mit bisher unwilligen Ländern in Arbeit.

Mit diesen Verschärfungen folgt Innenminister Kickl dem Asylkurs Dänemarks, wo diese Verschärfungen bereits im Parlament beschlossen wurden.


Politische Bildung aktuell

☐ Partei
 ☒ Regierung
 ☐ Parlament

Der neuen Bundesregierung gehören sechs Minister und ein Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs an, die in den nächsten Wochen hier präsentiert werden.

Bundesministerium für Inneres

Eine Zwischenbilanz:

Neues sowie schärferes Asyl- und Fremdenrecht: Dazu gehören das Abschieben von illegal aufhältigen oder straffälligen Ausländern, Verlust des Asylstatus nach Heimaturlaub und Auswertung von Handys bei Verdacht falscher Angaben.

Klare Trennung von Asyl und Zuwanderung: Die Lehre ist kein Asylgrund. Bei rechtskräftiger Ablehnung von Asyl erfolgt die Abschiebung.

Grenzschutzeinheit „PUMA“: Sie steht für einen effizienten Grenzschutz gegen illegale Migration.

Kampf dem politischen Islam: Dazu gehören ein Symbole-Gesetz gegen islamistische Organisationen und die Ausweisung von Imamen, die gegen das Islamgesetz verstoßen.

Neues und schärferes Sexualstrafrecht: Unbedingte Haftstrafen für Vergewaltiger kommen.

4.100 zusätzliche Planstellen bei der Polizei: Das größte Sicherheitsbudget der Zweiten Republik bedeutet mehr Polizei auf den Straßen.

Rekrutierungs- und Ausbildungsinitiative: Beschleunigte Aufnahmeverfahren bei der Polizei werden umgesetzt.

Neue, moderne und bessere Ausrüstung für österreichs Polizisten: Stichsichere und schussichere Schutzwesten, neue Sturmgewehre sowie Taser schützen die Beamten.

Berittene Polizei: Eine Pferdestaffel sorgt für mehr Sicherheit in Wiens Naherholungsgebieten.

Herbert Kickl
Bundesminister für Inneres

Die Angelobung von Herbert Kickl als Bundesminister für Inneres erfolgte am 18. Dezember 2017. Mit ihm stellen die Freiheitlichen erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik den Innenminister. Als Staatssekretärin ist ihm Karoline Edtstadler von der ÖVP beigestellt.

FPÖ: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

Bildungsstandards-Tests:**Risikogruppe bei Migranten-
schülern besonders groß**

Im Frühjahr 2018 haben österreichweit rund 74.000 Schüler (OÖ: rund 13.000) an 2.963 Volksschulen (OÖ: 541) an der Überprüfung der Bildungsstandards im Fach Mathematik in der 4. Schulstufe teilgenommen. Die Tests wurden nun nach 2013 das zweite Mal flächendeckend überprüft. Die aktuell präsentierten Ergebnisse sollen den jeweiligen Schulen und Regionen Aufschluss darüber geben, wie die Vermittlung des Lehrstoffes gelingt und wo weiter angesetzt werden kann.

Die Tests zeigen klar, dass der Anteil an Risikoschülern mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch ist. Mit 14 Prozent liegt der Anteil deutlich über dem der Schüler ohne Migrationshintergrund mit nur vier Prozent. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn man die Personengruppe ohne deutsche Erstsprache betrachtet: 15 Prozent der Volksschüler ohne Deutsch als Erstsprache gelten als Risikoschüler. Nur vier Prozent sind es wiederum bei den Schülern mit deutscher Erstsprache.

"Die Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Vermittlung unserer Sprache muss bereits in jungen Jahren forciert werden", drängt Klubobmann Herwig Mahr auf die Verankerung der Schulsprache Deutsch.

■ **85 Prozent erreichen Bildungsstandards, 18 Prozent Spitzenschüler**

Das Gesamtbild hat sich seit der letzten Überprüfung grundsätzlich ver-

bessert. Insgesamt haben 85 Prozent die Bildungsstandards erreicht. Oberösterreich liegt damit im stabilen Mittelfeld. 9 Prozent schaffen es nur teilweise, den erforderlichen Lehrstoff bis zum Ende der Volksschule zu erlernen. 6 Prozent schaffen es gar nicht und gelten als Risikoschüler. Knapp jeder fünfte Volksschüler übertrifft die Standards. Oberösterreich liegt hier mit 18-prozentigem Anteil an Spitzenschülern über dem Bundesländer-Schnitt von 16 Prozent.

"Wir müssen vor allem bei jenen Schülern ansetzen, die etwas nachhinken. Denn obwohl wir bei den Spitzenschülern an vorderster Stelle sind, besteht beim Gesamtergebnis Handlungsbedarf", fordert Mahr.



Klubobmann Ing. Mahr:
Sprache ist Schlüssel zum Erfolg.



Faschingszeit: Strenge Alkohol-Kontrollen

Während der fünften Jahreszeit – dem Fasching – gab es in Oberösterreich nicht nur viele heitere Veranstaltungen, sondern auch verstärkte Schwerpunktkontrollen der Polizei.

Allein im Februar gab es landesweit 12.000 bis 13.000 Alkohol-Vortestungen, von denen rund 300 mit über 0,5 Promille angezeigt wurden. Spitzenreiter am letzten Faschingswochenende war ein Lenker aus dem Bezirk Kirchdorf, der sich mit 3,3 Promille hinter das Steuer seines Gefährtes wagte.

Für Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner „ist die Teilnahme am Straßenverkehr unter Alkoholeinfluss ein absolutes No-Go. Generell muss das Motto gelten: Wer fährt trinkt nicht und wer trinkt fährt nicht.“

Junge Alko-Lenker müssen im Projekt „Close To“ des Infrastrukturressorts als Sensibilisierungsmaßnahme Referate vor Fahranfängern halten, nennt Steinkellner als Ziel dieser Präventionsaktion, Fahranfänger auf das ernstzunehmende Problem „Alkohol am Steuer“ sensibilisieren zu machen. „Fahren unter Alkohol ist ein schwerwiegendes Problem für die Verkehrssicherheit. Jeder Verkehrsteilnehmer sollte sich über die hohe Eigenverantwortung im Verkehr bewusst sein. Das Leben ist zu teuer für Alkohol am Steuer“, betont Steinkellner.



LAbg. Rudolf Kroiss
Spitzenkandidat
Bezirk Vöcklabruck

Patrick Holländer
Spitzenkandidat
Bezirk Steyr

Gerhard Knoll
Spitzenkandidat
Oberösterreich

Olivera Stojanovic, BSc.
Spitzenkandidatin
Bezirk Wels

Dietmar Hochrainer
Spitzenkandidat
Bezirk Grieskirchen

Freiheitliche Arbeitnehmer:

Landesobmann Gerhard Knoll führt erfahrene Liste FA-FPÖ in den AK-Wahlkampf

Die maximal mögliche Kandidatenanzahl (220) unterstreicht die Motivation der Freiheitlichen Arbeitnehmer Oberösterreich

Mit einer verjüngten Mannschaft und vielen erfahrenen Betriebsräten tritt die Liste „FA-FPÖ“ bei der bevorstehenden Arbeiterkammerwahl im März 2019 an.

„Die Freiheitlichen Arbeitnehmer sind gut aufgestellt: Wir haben bei dieser Listenstellung darauf geachtet, dass eine möglichst ausgeglichene Balance der Berufssparten besteht. Dass wir unsere Liste als erste wahlwerbende Gruppierung abgegeben haben und diese zum ersten Mal die maximal mögliche Kandidatenanzahl aufweist, zeigt die gute Stimmung innerhalb meiner Mannschaft. Besonders hervorzuheben ist der erhöhte Frauenanteil von 22 Prozent auf unserem Wahlvorschlag, wobei die ersten 50 Kandidaten von den Geschlech-

tern sogar mit jeweils 50 Prozent absolut ausgeglichen sind“, zeigt sich der Spitzenkandidat der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Gerhard Knoll sehr zufrieden.

Schon bisher setzten sich die Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer für die Leistungsträger ein. „Den primären Einsatz für steuerzahlende und arbeitende Familien kann ich durchaus als unser Alleinstellungsmerkmal in der kommenden Wahlauseinandersetzung bezeichnen. Mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, der größten Pensionserhöhung der letzten Jahre und dem seit 1. Jänner 2019 geltenden „Familienbonus Plus“ sind langjährige Forderungen der Freiheitlichen Arbeitnehmer umgesetzt worden“, betont Knoll.

FA-FPÖ-Spitzenkandidaten:

- 1) AK-Vorstand Gerhard Knoll**, Betriebsrat bei voestalpine Stahl GmbH, 36 Jahre, wohnhaft in Hörsching, verheiratet, zwei Kinder
- 2) AK-Rat LAbg. Rudolf Kroiss**, Betriebsratsvorsitzender bei Eternit, 53 Jahre, wohnhaft in Ottngang am Hausruck, verheiratet, zwei Kinder
- 3) AK-Rat Patrick Holländer**, Logistikfacharbeiter bei MAN, 40 Jahre, wohnhaft in Haiderhofen, Lebensgemeinschaft
- 4) Olivera Stojanovic, BSc**, Technische Redakteurin, 37 Jahre, wohnhaft in Wels, ledig, ein Kind
- 5) Dietmar Hochrainer**, Betriebsratsvorsitzender bei sedda Polstermöbel GmbH, 46 Jahre, wohnhaft in Bad Schallerbach, Lebensgemeinschaft



Vom 19. März bis 1. April findet in Oberösterreich die Wahl zur Vertretung in der Arbeiterkammer statt. Die Wahlkarten für die Briefwähler wurden bis 10. März zugesandt und diese sollten innerhalb der Wahlzeit aber bis spätestens 1. April ausgefüllt zurückgesendet werden.

Die FPÖ in der neuen Regierung tritt als kräftiger Reformmotor auf, bei der unsere heimischen Arbeitnehmer wieder an erster Stelle stehen sollen. Unser Ziel muss es sein, mit einem starken Wahlergebnis Bewegung in die Arbeiterkammer zu bringen. „Wir brauchen eine Arbeiterkammer, die nicht als Opposition der Bundesregierung missbraucht wird. Daher ist jede einzelne Stimme wichtig. Nutzt aktiv Euer Recht und geht Wählen“, so FPÖ-Landesparteiohmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Spitzenkandidat Gerhard Knoll.

UNSERE HEIMAT. UNSERE ARBEIT. UNSER SOZIALSTAAT.

www.fa-ooe.at

< Landeshauptmann-Stv.
 Dr. Manfred Haimbuchner
 & AK-Rat Gerhard Knoll

„Andere streiken
 & demonstrieren.
 Wir arbeiten.
 Unaufgeregt.
 Für Österreich.“



AKR Gerhard Knoll
 Landesspitzenkandidat



LR Podgorschek, LR Steinkellner, BM Hofer, Landeshauptmann-Stv. Haimbuchner (v.l.n.r.)

Verkehrsminister Norbert Hofer zu Besuch in Oberösterreich

Zwei Tage besuchte Verkehrsminister Norbert Hofer Anfang Februar das Bundesland Oberösterreich. „Es freut mich“, betonte FPÖ-Landesparteiohmann, Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner, „dass sich Norbert Hofer Zeit für Informationen aus erster Hand für unsere Mitglieder und Funktionäre ebenso nimmt wie er gemeinsam mit Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner wichtige Infrastrukturprojekte besucht.“

Konkret hat die FPÖ Oberösterreich ihre Gemeinderäte und Ortsparteiohleute zu einer Informationsveranstaltung geladen. Dort erhielten die Besucher Informationen aus der Bundespolitik. „Norbert Hofer trägt als freiheitlicher Regierungskoordinator wesentlich zum Erfolg der neuen Bundesregierung bei“, fasst Haimbuchner zusammen, dass die Veranstaltung neben landes- und bundespolitischen Themen auch Berichte aus dem Infrastrukturressort beinhaltete. Die etwa 300 Besucher des Informationsabends hatten außerdem die Gelegenheit, Fragen an Hofer, Haimbuchner und Steinkellner zu stellen.

Am nächsten Tag besuchten Infrastrukturminister Norbert Hofer und Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner Schlüsselbaustellen in Linz. Vor Ort haben sich die beiden gemeinsam mit FPÖ-Landesparteiohmann Haimbuchner und dem Linzer Infrastrukturstadtrat Markus Hein ein Bild über die Fortschritte bei der neuen Linzer Donaubrücke und in Folge bei der Baustelle der VOEST Bypassbrücken gemacht.

„Mit dem Bau der Bypassbrücken links und rechts der bestehenden Donaubrücke verfolgen wir ein klares Ziel. Dieses lautet mehr Verkehrssicherheit und zu-



künftig auch weniger Stau“, unterstrich Hofer. Und Steinkellner verdeutlichte: „Mit der Inbetriebnahme der zukünftigen Brückenfamilie folgt auch gleichzeitig eine Entlastung der Verkehrsströme.“

Familienbonus Plus:

Haimbuchner sichert Förderungen

Seit Jahresbeginn können Familien den „Familienbonus Plus“ – einen Steuervorteil, der das Haushaltseinkommen erhöht – beziehen.



Um zu verhindern, dass der Familienbonus Nachteile bei Förderungen mit sich bringt, will FPÖ-Landesparteiobman, Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner „dass diese Entlastung für die Familien sich nicht auf die Einkommensgrenzen bei Förderungen bzw. die Förderhöhe auswirkt, für deren Leistungen das Familiennettoeinkommen gilt. Denn etwaige Kürzungen könnten zukünftig gerade jene Familien mit kleinen und mittleren Einkommen treffen, die durch den Familienbonus gestärkt werden sollen. Der Familienbonus muss zur Gänze bei den Familien ankommen.“ Der Familienbonus dürfe keine mindernden Folgewirkungen auf Leistungen der Wohnbauförderung oder der Familienförderung des Landes Oberösterreich zur Folge haben.

Konkret geht es zum Beispiel um die Gewährung der Landesförderungen bei Schulveranstaltungen. Eltern erhalten über die Schulveranstaltungshilfe Unterstützung bei den Kosten – etwa für Skikurse in Höhe von 25 Euro pro Tag und Kind. Der Familienreferent hat veranlasst, „dass die Auswirkungen des Familienbonus auf alle Förderungen in meinem Bereich zu prüfen sind. Denn

der Steuerbonus muss zur Gänze bei den Familien ankommen und darf andere Leistungen nicht schmälern.“ Laut Haimbuchner werden die Einkommensgrenzen nicht generell erhöht. „Aber ich habe veranlasst, bei Familienförderungen den Steuerbonus herauszurechnen.“

■ Sämtliche Förderungen in Österreich prüfen

Es gelte zudem auch im Wohnbau bei der Wohnbeihilfe rechtzeitig die Auswirkungen des Familienbonus zu erkennen und abzufedern. „Geringverdiener und Alleinerziehende, die den Kindermehrbetrag – maximal 250 Euro pro Kind und pro Jahr – erhalten, könnten betroffen sein“, kündigt Haimbuchner an, dass es eine Änderung des Wohnbau-Fördergesetzes voraussichtlich im Herbst geben werde: „Immerhin wird die Wohnbeihilfe für

das Jahr 2020 anhand des Einkommens des Kalenderjahres 2019 berechnet.“

„Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sind genau zu bewerten. Allenfalls sind Änderungen nötig, um die oberösterreichischen Familien durch den Bezug des Familienbonus nicht vom Zugang von Leistungen auszuschließen oder diese sinken, weil sich das Jahresnettoeinkommen ändert“, regt der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter an, „dass die Politik in ganz Österreich rasch ihre Förderungen prüft und entsprechend reagiert. Wir müssen verhindern, dass die großartige Unterstützung für Familien ungewünschte Nebeneffekte hat. Die Entlastung der Familien muss voll zur Geltung kommen.“



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Landesparteiobman

Politische Bildung aktuell
☐ Partei ☒ Regierung ☐ Parlament

Der neuen Bundesregierung gehören sechs Minister und ein Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs an, die in den nächsten Wochen hier präsentiert werden.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Eine Zwischenbilanz:

Pilotprojekt „Tempo 140“ auf Autobahnen
Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei Rot“:
 Dies ist eine Maßnahme zur Verbesserung des innerstädtischen Verkehrsflusses.

Freigabe der Pannestreifen auf der Autobahn A4:
 Dies ist ein Pilotprojekt zur Reduktion der Stauaufkommen.

Offensive bei E-Mobilität:
 Dies bedeutet eine Erhöhung des Anteils von E-Fahrzeugen, neue Rahmenbedingungen für CO2-arme Mobilität, eine Schwerpunktverschiebung hin zu emissionsfreien Neuzulassungen von Fahrzeugen und eine Steigerung des Elektrifizierungsgrades von Eisenbahnstrecken.

Keine Dieselvebote in Österreich:
 Die immer besser werdenden Luftpartikelfilter und der mittlerweile marginale Ausstoß an Dieselpartikeln rechtfertigen keine Benachteiligung von Dieselfahrern.

Alkoholkontrollen auf Wasserstraßen
Klimaschutzprojekt „#mission2030“:
 Dieses Projekt soll den Verkehr effektiver machen, ein hochwertiges Verkehrsangebot gewährleisten, die Effizienz des Gesamtsystems sicherstellen und den Anforderungen der Gütermobilität gerecht werden.

170 Millionen Euro zusätzlich für das Breitband:
 Ein flächendeckendes und schnelles Internet soll Österreich zukunftsfit machen.

Einführung des „Österreich-Tickets“:
 Zukünftig soll es die Möglichkeit geben, mit nur einem gelösten Ticket sämtliche öffentliche Verkehrsmittel wie etwa ÖBB, Regionallinien oder auch die Wiener Linien nutzen zu können.

Mehr Geld für die Forschung:
 Das Forschungsförderungsgesetz sichert das Budget dafür.

Ing. Norbert Hofer, der freiheitliche Präsidentschaftskandidat von 2016, wurde am 18. Dezember 2017 in der Wiener Hofburg als Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie angelobt und ist damit der fünfte Verkehrsminister aus den Reihen der FPÖ seit 1945.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

Ing. Norbert Hofer
 Bundesminister für Verkehr,
 Innovation und Technologie



Landeshauptmann-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner**: Ärztemangel am Land und in den Städten muss rasch gelöst werden.

Gesundheit ist Zukunft

In den nächsten zehn Jahren werden 55 Prozent der Mediziner mit Kassenvertrag in Pension gehen. Eine klare Haltung zum Ärztemangel hat FPÖ-Landesparteiobermann und Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner: „Wir haben einen Mangel an niedergelassenen Ärzten – nicht nur in den ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten.“ Und genau dieser Mangel ist mit Sicherheit nicht über Nacht entstanden: „Es ist dieser Mangel an Ärzten und an unbesetzten Kassenplanstellen eine Auswirkung einer verfehlten Gesundheitspolitik – unter Federführung der SPÖ, die jahrelang das Gesundheitsressort geführt hat.“

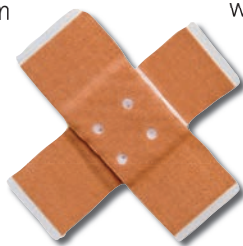
Die wohnortnahe Versorgung im Gesundheitsbereich durch Hausärzte sei auch nötig für die Pflgethematik. „Haben wir nicht ausreichend Hausärzte vor Ort, dann werden wir die Pflege auch nicht sicherstellen können. Es muss hier zudem auch das Wirrwarr im Bereich der Hauskrankenpflege reformiert werden. Wir brauchen eine Harmonisierung der Leistungen – realitätsnah und präziser, damit die Oberösterreicher so lange wie möglich im angestammten Umfeld leben können“, sind für den FPÖ-Landeschef Gesundheit und Pflege Themenbereiche, die den Bürgern wichtig sind. Es sei nötig, vor Ort eine Versorgung in

allen Lebensbereichen – also auch im Bereich Gesundheit zu leisten.

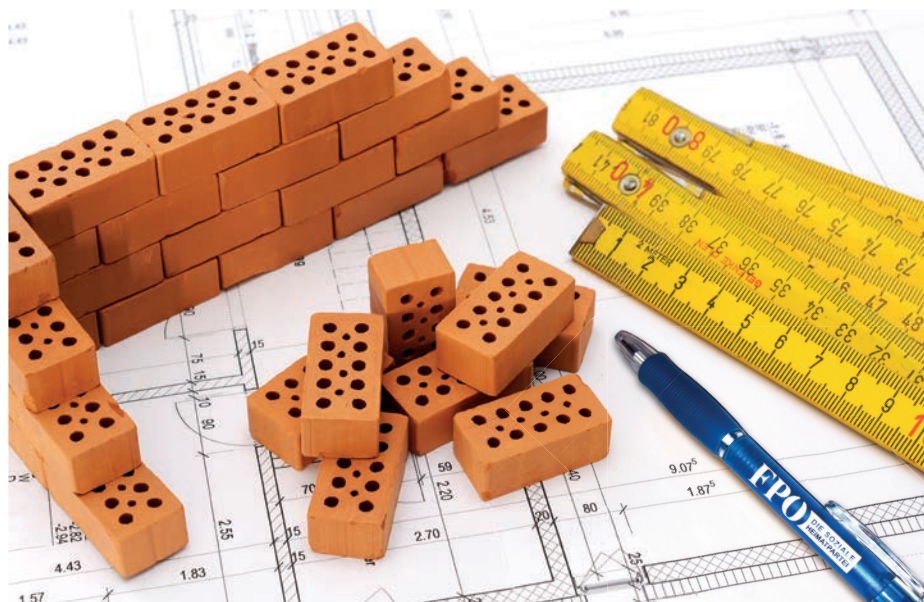
— **GKK und Ärztekammer sollen Masterplan vorlegen**

Erfreulich sei, dass nunmehr endlich die rechtliche Möglichkeit geschaffen wurde, „dass Ärzte andere Ärzte anstellen können. Warum sollte nicht gehen, was ja auch bei Rechtsanwälten möglich ist?“ Es komme zu immer mehr Wahlarztpraxen als es Ärzte mit Verträgen mit den Krankenkassen gibt. „Das System trifft längst auseinander. Und die Zwei-Klassen-Medizin findet da bereits statt“, erwartet sich Haimbuchner von der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer

einen Masterplan. „Die ungebundenen Rücklagen, die ja die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse hat, hätte man längst einsetzen können, um auch für Mediziner den Standort Oberösterreich attraktiver zu machen. In der Wirtschaft versuchen wir mit attraktiven Angeboten Mitarbeiter nach Oberösterreich zu holen, daher müssen wir auch alles daransetzen, Medizinstudenten mit guten Angeboten im eigenen Bundesland zu halten. Damit könnte man durchaus die Entwicklung im Ärztemangel abmildern. Warum nimmt die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse nicht diese Rücklagen, um etwa die Honorare für Hausärzte zu verbessern?“, spart Haimbuchner nicht mit Kritik an den bisherigen Versäumnissen.



Haimbuchner: Verordnungen im Wohnbau weiter verbessert



„Leistbares Bauen und Wohnen zu gewährleisten, ist das primäre Ziel des Wohnbaureports. Dazu braucht es Regelwerke, die aktuell, zeitgemäß und zielgerichtet sind und den maximalen Nutzen für die Oberösterreicher bringen“, betont Landeshauptmann-Stv. und Wohnbaureferent Dr. Manfred Haimbuchner in seinem Ausblick zur Wohnbauförderung in Oberösterreich.

Jedes Gesetz und jede Vorschrift seien nur so lange gut und zielführend, solange sich die Voraussetzungen und Umfeld nicht änderten. „Die oberösterreichische Wohnbauförderung hat die Aufgaben, die ihr in

den vergangenen Jahren gestellt wurden erstklassig gemeistert“, so Haimbuchner weiter. Dies bestätigt eindrucksvoll eine aktuelle Studie des EcoAustria-Instituts für Wirtschaftsforschung vom November

2018. Besonders erfreulich ist, dass Oberösterreich im Bereich der Wohnbauförderung Effizienz-Vorreiter ist. Im Bundesländervergleich zeigt sich also eindeutig, dass Oberösterreich in den vergangenen Jahren offenbar alles richtig gemacht hat und als Vorbild für die anderen Bundesländer gelten könnte.

Im Jahr 2018 haben sich jedoch die wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Parameter in einer Art und Weise verändert, dass Maßnahmen und Änderungen, vor allem im Bereich des Neubaus, notwendig wurden. Vor allem im Bereich der Verordnungen für „Junges Wohnen“ und der Neubauförderung mussten Anpassungen vorgenommen werden. „Mit den novellierten Verordnungen geben wir Bauträgern ein attraktives und schlankes Instrument in die Hand, das es ermöglicht, nachhaltig und weiterhin leistbar zu bauen. Wir stehen dafür ein, Vorschriften mit Augenmaß und Hausverstand zu gestalten, weil wir davon überzeugt sind, dass Nachhaltigkeit keine Worthülse ist, sondern unser Auftrag an folgende Generationen“, so Haimbuchner.



Besuchen Sie
Manfred Haimbuchner
in den sozialen Medien:

[fb.com/manfredhaimbuchner](https://www.facebook.com/manfredhaimbuchner)
[instagram/manfredhaimbuchner](https://www.instagram.com/manfredhaimbuchner)

Wolf, oder nicht Wolf? – Mischlinge zwischen Wolf und Hund werden verschwiegen



Der Wolf ist in den letzten Jahren das Liebling vieler Naturschützer geworden. Bisweilen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dem Wolf unter allen Umständen ein Lebensraum in der Kulturlandschaft zugestanden werden soll. In Deutschland wurde nun offiziell bestätigt, dass es sich bei vielen Wölfen um Hybriden zwischen Wolf und Hund handele.

Es zeigt sich also, dass die Wolfs-
liebe, die viele NGOs an den Tag
legen, von den eigentlichen Fakten
offenbar abweicht. Auch die offiziellen
Umweltbehörden in Frankreich, in der
Schweiz und in Deutschland haben im-
mer behauptet, dass die Wolfspopula-
tionen aus reinen Wölfen bestehen. Sie
haben sich aber stets geweigert Einblick
in ihre Analysedatenbank und ihre Ver-
gleichs-Referenzdaten zu geben.

Der Grund für diese strenge Vertraulich-
keit der DNA-Analyse-Ergebnisse in die-
sen Ländern ist vermutlich die treibende
Kraft verschiedener NGOs, wie etwa der
LCIE (Large Carnivore Initiative for Eu-
rope), in ganz Europa. Das Ziel dieser
NGOs scheint es zu sein, die Verbreitung
des Wolfes in Europa mit allen Mitteln
zu fördern. Sie haben daher auch kein
Interesse an der Erkennung von Hybri-
den. Hybride sind nicht durch die Natur-
schutzgesetze geschützt.

Aufgrund der auffallenden „Geheim-
haltung“ bei der genetischen Unter-
suchung der Wölfe, haben diverse be-
troffene französische und deutsche
Viehalter auf eigene Kosten DNA-Ana-
lysen von Speichel, Haaren und Exkre-
menten nach Wolfrissen machen lassen.
Die Ergebnisse des Instituts „ForGen“,
die bereits seit November 2017 bekannt
sind, zeigen eine signifikante Hybridisie-
rung im Ausmaß von über 60 Prozent
von europäischen Wölfen mit Hunden.
Die Schwierigkeit, die Ergebnisse aus-
zuwerten, hängt aber vor allem von der
Referenzdatenbank ab, mit der man die
genetischen Ergebnisse vergleicht. Nicht
zuletzt deshalb fordern auch in Öster-
reich inzwischen verschiedene Experten
die volle Transparenz hinsichtlich der
tatsächlichen Vorkommen von Wölfen
sowie der wissenschaftlichen Methodik
der Untersuchungen und Schadensbe-
gutachtungen, des Hybridisierungsgra-
des und der Gensequenzen.

Die Verteidigungsstrategie der „Wolfs-
lobby“ auf die Untersuchungsergebnisse
von „ForGen“ ist indes so einfach, wie
durchschaubar. Zunächst behauptete
man, es handele sich um „unwissen-
schaftliche“ Ergebnisse, weil die Probe-
entnahme der Viehalter angeblich kon-
taminert sei. Das erklärt aber nicht, wie
die Hunde-DNA dann auf den „Wolfs-
riss“ kam. Später zog man sich auf den
Standpunkt zurück, dass es doch ver-
einzelt Wolfs-Hund-Hybriden gäbe, die
„natürlich aus der Natur entnommen
werden müssten“, da sie die Genetik der
Wolfspopulationen gefährden würden.

Auch die ursprünglichen Angaben der Be-
hörden, dass es sich bei der Mehrzahl der
Tiere um reinrassige Wölfe handeln soll,
ist in hohem Maße unwahrscheinlich: Die
Tiere leben in unserer Kulturlandschaft
und haben ständig Kontakt mit Haushun-
den. Eine Kreuzung ist zudem – optisch –
nicht immer als solche zu erkennen. Jeder
Wolfshybrid stellt prinzipiell eine höhere
Gefahr für Menschen, Nutz- und Haustie-
re dar, da diese aufgrund ihrer Genetik ein
anderes Verhalten aufweisen.

„
**Die Tiere leben in unserer
Kulturlandschaft und haben
ständig Kontakt mit Haushun-
den. Eine Kreuzung ist zudem
- optisch - nicht immer als
solche zu erkennen.**“

Die hitzige Diskussion um die Hybridisie-
rung des europäischen Wolfes fügt sich
jedenfalls nahtlos in die übrige Politik um
den Wolf ein: Insgesamt scheint die Wolfs-
politik eher auf einer abenteuerlichen Re-
ligion, als auf zeitgemäßen wissenschaft-
lichen Erkenntnissen zu beruhen.

Bezirksparteitage:

Wechsel an der Spitze

In Vorbereitung des Landesparteitages im April hielten die Bezirke ihre Bezirksparteitage ab. Dabei kam es zu Änderungen an der Spitze in den Bezirken Gmunden, Linz, Urfahr Umgebung und Vöcklabruck. Mit hoher Zustimmung wurden die Bezirksparteiobleute der anderen Bezirke in ihren Ämtern von den Delegierten bestätigt.

GV Markus Steinmaurer aus Grönu im Almtal folgte auf den langjährigen Bezirksparteiobmann der Gmundner Freiheitlichen, 2. LT.-Präs. DI Dr. Adalbert Cramer. Und nach 15 Jahren an der Spitze der FPÖ Urfahr übergab 3. NR-Präs. Anneliese Kitzmüller ihr Amt an LAbg. Günther Pröller aus Feldkirchen/Donau.

Auch in der Landeshauptstadt Linz gibt es mit Vizebürgermeister DI Markus Hein ebenfalls einen neuen Bezirksparteiobmann, da Detlef Wimmer nach zwölf Jahren in der Politik in die

Privatwirtschaft wechselt. In Vöcklabruck wurde NAbg. Mag. Gerhard Kaniak von den Delegierten als Nachfolger von LAbg. Rudolf Kroiß an die Spitze der Bezirkspartei gewählt.

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner betonte bei den erfolgreichen Bezirksparteitagen „dass sich die FPÖ in den vergangenen Jahren als gestaltende Kraft für die Belange der Menschen in Oberösterreich eingesetzt hat. Und es ist wichtig, dass wir Freiheitliche auch zukünftig bei zentralen Themen inhaltliche Akzente setzen können.“



GV Markus Steinmaurer
Bezirk Gmunden



Vzbgr. Ing. Markus Hein
Bezirk Linz



LAbg. Günther Pröller
Bezirk Urfahr Umgebung



NAbg. Mag. Gerhard Kaniak
Bezirk Vöcklabruck

Werde aktiv.

Deine Heimat braucht Dich!

Jetzt.

Bitte leserlich und in Blockbuchstaben ausfüllen.

www.fpoe-ooe.at

Vorname

Nachname

Adresse

Telefon

E-Mail

Ausgefüllte Karte bitte an: FPÖ-Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4041 Linz - oder bei einem FPÖ-Lokalpolitiker abgeben.

Ankreuzen unbedingt erforderlich!

☐ Die von mir angegebenen personenbezogenen Daten werden zum Zweck der Interessenverwaltung automationsunterstützt verarbeitet. Ich stimme zu, dass die angegebenen Daten zum Zweck der Zusendung von Informationsmaterial verwendet werden. Diese Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden. Die Zustimmung zur Zusendung von Werbung und Informationsmaterial ist keine Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die dafür erforderlichen Daten werden zu diesem Zweck an die FPÖ Bundespartei übermittelt (mehr Informationen unter: www.fpoe-ooe.at/datenschutz)

FPÖ Die Freiheitlichen Oberösterreich



AMS-Skandalurteil soll geprüft werden

Ein Mann war in einem AMS-Kurs durch Drohungen und Aggression auffällig gewesen und deshalb wurde ihm der Bezug des Arbeitslosengeldes gesperrt. Für das Bundesverwaltungsgericht in Wien ist dieses auffällige Verhalten in einer Fortbildungsmaßnahme jedoch kein Grund für eine Sperre. Geht es nach dem Urteil des Gerichts, so ist aggressives Verhalten in Kursen des AMS für den Trainer zumindest zumutbar und nicht zwangsläufig ein Grund für Sanktionen.

Konkret hatte ein Mann seine Fortbildung mit Drohungen gestört, wurde aus dem Kurs ausgeschlossen und für eine gewisse Zeit wurde der Bezug des Arbeitslosengeldes gestrichen. Der Mann legte Beschwerde ein und bekam in Folge Recht. Generell sei es möglich, den Bezug des Arbeitslosengeldes auszusetzen, also eine vorübergehende Sperre zu verhängen, wenn die Teilnahme bei den vermittelten Kursen verweigert wird. Im Arbeitslosenversicherungsgesetz ist der Passus zu finden, dass bei Vereitelung des Erfolgs der Maßnahme für die arbeitslose Person zumindest für sechs Wochen der Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren geht. Das sei durchaus auch anwendbar bei der Störung eines Fortbildungskurses. Im konkreten Fall fühlten sich Kursteilnehmer bedroht, trotzdem kam das Bundesverwaltungsgericht zur Erkenntnis, dass es sich um „eine übereilte Entscheidung der Clearing-Trainerinnen“ handelt. Trainerinnen sollten vermögen, mit solchen Personen umzugehen, der Beschwerdeführer sei sicher nicht der Erste gewesen, mit unangemessenem Verhalten. Auch berücksichtigt wurde vom Bundesverwaltungsgericht, dass

sich der Mann schnell wieder beruhigt habe und es hätte versucht werden müssen, die Person wieder in die Gruppe zu integrieren.

■ Bundesverwaltungsgericht „legalisiert“ aggressives Verhalten und Drohungen

Klare Worte fand dazu FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Bei allem Respekt vor der Justiz: Jetzt ist ein Punkt erreicht, an dem man ganz laut sagen muss: ‚Stopp! Grenze überschritten! Aggressives Verhalten und Drohungen sind in einer aufgeklärten Gesellschaft generell nicht zu akzeptieren, unter gewissen Umständen sogar strafbar. Unter keinem Umständen können derartige Vorfälle gegenüber den Autoritäten und sonstigen Institutionen des Staates – vor allem Lehrpersonal – akzeptiert werden. Es sei daher besonders verwerflich, dass das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil derartige Verhaltensweisen mehr oder weniger ‚legalisiert‘.“

„Das Gericht ist sich offenbar nicht im Geringsten im Klaren, welche katastrophale Signalwirkung das auslöst. Das ist ja geradezu ein Freibrief“, empört sich Klubobmann Mahr. „Ich erwarte mir eine schonungslose und öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Urteil und vor allem die erforderlichen Konsequenzen, falls diese Entscheidung rechtskräftig wird“, fordert Mahr. „Da wird man an allen notwendigen Schrauben drehen müssen, um die gebotene Ordnung und den Respekt vor den Institutionen unseres Staates wieder herzustellen!“

Die zuständige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) kündigte an, dass sie das Erkenntnis „genau ansehen und prüfen“ will. „Die Rechtsprechung stellt für uns eine völlig neue Situation dar“, sagte sie in einer ersten Reaktion. „Bedrohungen von Mitarbeitern des AMS, Trainern und Kursteilnehmern sind für mich nicht hinnehmbar“, hielt die Ministerin fest.





LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

Naturschutz ist Aufgabe der Politik und der Bürger

„Natur- und Artenschutz sind gerade in Zeiten klimatischer Änderungen und zunehmenden Artensterbens eine große Verantwortung. Die gesetzliche Verpflichtung zur Bewahrung einer vielfältigen und artenreichen Natur liegt bei der Abteilung Naturschutz des Landes Oberösterreich. In der Praxis braucht es aber die Mitwirkung und das verantwortungsvolle Handeln aller, die in, mit und von der Natur leben. Es ist unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, ein vielfältiges, artenreiches und ökologisch intaktes Oberösterreich zu bewahren und zu erhalten.“, unterstreicht FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner als zuständiger Referent in der Landesregierung die Wichtigkeit eines funktionierenden Naturschutzes.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, braucht es aber mehr als Gesetze und Verordnungen. Ein funktionierender Naturschutz braucht eine breite Akzeptanz und eine gegenseitige Wertschätzung und Respekt gegenüber den beteiligten Parteien. Das „Miteinander“ steht stets im Vordergrund der Anstrengungen. Daher ist die Einbindung derer so wichtig, die in und mit der Natur leben. Diese Forderung haben die NGOs über Jahre hinweg gestellt. Mit der Umsetzung der Aarhus-Konvention soll nun die verstärkte Bürgerbeteiligung in Naturschutzverfahren durch die Novellierung des Naturschutzgesetzes gewährleistet werden. Das Verfahren führt die Behörde, die damit ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommt. Eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit in die Verfahren wird nunmehr gesetzlich garantiert, indem NGOs als Beteiligte in die Verfahren eingebunden werden und

auch ein Beschwerderecht erhalten. Eine Mitsprache ist somit garantiert.

„**Es geht um die Bewahrung unserer Natur. Das ist der klare gesetzliche Auftrag an die Naturschutzbehörden.**“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Die angedachte Novelle wird nicht von allen Seiten begrüßt. Es wird der Politik vorgeworfen, die Umweltschutzbehörde in gewissen Teilbereichen auszuschließen, um Verfahren im Sinne der Wirtschaft leichter realisieren zu können. „Es geht um die Bewahrung unserer Natur. Das ist der klare gesetzliche Auftrag an die Naturschutzbehörden“, weist Haimbuchner das augenscheinliche Misstrauen gegenüber dem behördlichen Naturschutz zu-

rück. Verantwortlich für den Natur- und Artenschutz ist die Behörde und nicht die Umweltschutzbehörde. „Die Abteilung Naturschutz führt ihre Verfahren genau und gemäß den gesetzlichen Vorgaben. Sie trifft ihre Entscheidungen unbeeinflusst von den Interessen Dritter“, hebt der Naturschutzreferent sein vollstes Vertrauen in die Naturschutzbehörde des Landes Oberösterreich hervor und zeigt sich über das pauschale Misstrauen seinen Mitarbeitern gegenüber irritiert: „Kehren wir zurück zur Sachlichkeit“, so Haimbuchner in Richtung der politischen Mitbewerber und der Umweltschutzbehörde. „Keinesfalls ist die Naturschutzbehörde der Feind ihrer eigenen Materie. Und nicht nur die Umweltschutzbehörde und die NGOs haben ein Interesse am Naturschutz. Die Mitarbeiter der Abteilung Naturschutz setzen sich mit Nachdruck für den Erhalt der Artenvielfalt und für den Schutz unserer gefährdeten Güter in unserem Bundesland ein.“



wünscht Ihnen die
FPÖ Oberösterreich

www.fpoe-ooe.at